

## Kleine Anfrage 3869

der Abgeordneten Britta Müller (SPD-Fraktion)

an die Landesregierung

### **Identifikation, Maßnahmen und Informationsfluss im Zusammenhang mit betroffenen Patientinnen und Patienten infolge des Brandenburger Arzneimittelskandals**

Die drei Sonderausschüsse im Sommer 2018 (25.07., 16.08., 28.08.) des Brandenburger Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (AASGFF) haben Licht in das Dunkel des Arzneimittelskandals gebracht. Im Besonderen der im AASGFF am 28.08.2018 von den Mitgliedern der Task Force Lunapharm präsentierte vorläufige Untersuchungsbericht konnte somit einen wichtigen Teil zur notwendigen Aufklärung beitragen. Die Mitglieder der Task Force Lunapharm zeigten anhand des Berichtes in ihren fortführenden Ausführungen den Anwesenden des AASGFF u.a. die gravierenden Mängel im Punkt der Arbeitsweise des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit auf. In diesem Zusammenhang wurde vor allem deutlich, wie wichtig ein rechtzeitiger Informationsfluss im Punkt der Warnung an Behörden, Institutionen und letztendlich vor allem auch an die zahlreichen Patientinnen und Patienten notwendig gewesen wäre. Dies machte deutlich, dass die Sicherheit von Patientinnen und Patienten das höchste Gut sein muss. Fortführend muss es nun in den nächsten Wochen und Monaten das oberste Ziel sein, mit ganzer Kraft und Anstrengung betroffene Patientinnen und Patienten zu identifizieren und diese, als auch die gesamte Öffentlichkeit, über die aktuelle Situation aufzuklären und zu informieren, wozu diesbezüglich in den vergangenen Sonderausschüssen noch viele Fragen offen blieben bzw. Versäumnisse deutlich wurden. Gleiches muss im Punkt der Unklarheiten bezüglich des Informationsflusses mit der Landesärztekammer, Landesapothekerkammer sowie den Krankenkassen geschehen. Dies gilt es in dem aktuellen Fall schnellstmöglich herauszufinden, um zukünftig entsprechende Kommunikations- und Warnprozesse zu verbessern und zu intensivieren. Diese Fragen sind auch dahingehend wichtig zu klären, können doch diese Informationen sowie die Erkenntnisse des Berichts der Task Force Lunapharm in Brandenburg eine Blaupause für andere Bundesländer sein, liegt doch die Vermutung nahe, dass sich auch in anderen Bundesländern ein ähnlicher Fall ereignen könnte.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann und wie wurden die Patientinnen und Patienten erstmalig über den Verdacht von Unregelmäßigkeiten im Punkt gestohlener und unzureichend gelagerter Medikamente informiert?

2. Wann wurden die Maßnahmen zur Identifikation etwaiger Patientinnen und Patienten eingeleitet, und wie sahen diese aus?
3. Wann und wie wurde die Brandenburger Landesärztekammer über den Fall informiert, und wie lief die weitere Abstimmung bzw. der weitere Informationsfluss?
4. Wann und wie wurde die Landesapothekerkammer Brandenburg über den Fall informiert, und wie lief die weitere Abstimmung bzw. der weitere Informationsfluss?
5. Wann und wie wurde welche Krankenkasse über den Fall informiert, und wie lief die weitere Abstimmung bzw. der weitere Informationsfluss?